

WIR FORDERN EINE MODERNE AUSTRÜSTUNG FÜR DIE POLIZEI,

statt des Gummiknüppels eine weiße Büchse, in der sich Bonbons für weinende Kinder befinden und Verhütungsmittel für Teenager, die sich lieben wollen.

WIR FORDERN EINE GEHALTSERHÖHUNG:

Das Gehalt muß größer sein als der Sold der Springer-Schreiber, denn die Polizei ist die letzte Stütze der Demokratie, eines Tages wird sie als bewusste Opposition der "Großen Koalition" in den Bundestag einziehen müssen.

Deshalb sagen wir:

KEINE KEILEREI
MIT DER POLIZEI!

KOMMT DIE POLIZEI, GEHT WIR AN IHR VORBEI.
AN DER NÄCHSTEN ECKE DANN, FÄNGT DAS SPIEL VON VORNE AN.

ÖFFNEN WIR DIE ROTWEINFLASCHE,
BLEIBT DER KNÜPPEL IN DER TASCHE.

DIE POLIZEI BRAUCHT EINE MUSSE:
WIR DENKEN AN BEATE UHSE.

WER DIE POLIZEI VERÄRGERT,
WIRD IM GEFÄNGNIS EINGEKERKERT.

WER DIE POLIZEI BESCHIMPFT,
BLEIBT EIN LÄCHERLICHER PIMPF.

WER DIE POLIZEI ANRÜHRT,
HAT DIE SACHE NICHT KAPIERT.

(Sollte die Polizei trotzdem zuschlagen, singen wir alle:)

IHR KINDERLEIN KOMMET
O KOMMET DOCH ALL!
ZUM KUDAMM HERKOMMET:
POLIZEI MACHT KRAWALL!
IHR SEHT, WAS IN DIESER HOCHHEILIGEN STADT
DER REGIERENDE PFARRER FÜR DIENERLEIN HAT.

5. Resolution zur Politik des SDS Landesverband Berlin

I

Der SDS hat seiner Tätigkeit im Laufe der letzten Jahre vornehmlich zwei funktionsbestimmte Definitionen gegeben: er sei die einzig intakte sozialistische Organisation in der BRD - und er sei in der BRD insgesamt nur so stark wie an der Hochschule. Die Klammer zwischen diesen beiden Bestimmungen sollte der Satz sein, daß er keine Ersatzpartei sei. Den einzelnen Gruppen des SDS und insbesondere ihren Mitgliedern genügte diese Klammer in ihrer Arbeit nicht, um die Spannung zwischen diesen beiden Funktionsbestimmungen auszuhalten. Sie begriffen ihre Aufgaben und entsprechend ihre Schwerpunktbildung oder Spezifizierung (sei es als "Notstandspolitik", "Vietnam-Arbeit", etc.) soweit sie über die "engere" Hochschulpolitik hinausgehen, oftmals als Aufgaben einer weiterreichenden sozialistischen Politik, als ein Erbe, das der SDS wohl oder übel zu verwalten habe. Entsprechend die Differenz zwischen den einzelnen Gruppen: Man konnte fast von Notstands-SDS-Gruppen, Vietnam-SDS-Gruppen, Theorie-SDS-Gruppen sprechen. In den großen Gruppen entsprechend das Nebeneinanderherarbeiten in Konvent, Not-

standsausschüssen, theoretischen Arbeitskreisen etc., das mit Arbeitsteilung nichts mehr zu tun hatte, weil ihm die gemeinsame politische und permanent diskutierte Zielbestimmung fehlte.

Die politischen Vorgänge der letzten Wochen und Monate sowohl an der Universität als auch im Zusammenhang mit der Großen Koalition führten uns diesen Mangel klar vor Augen. Die Erfahrung mit den im wesentlichen vom SDS initiierten, zum Teil nur von ihm getragenen Aktionen und die sich nur sehr langsam herausbildende Koordinierung der außerparlamentarischen Opposition verweisen den SDS mehr denn je auf eine präzisere Ausarbeitung seiner hochschulpolitischen Konzeption und damit auf eine prinzipielle Klärung seiner organisatorischen Grundlagen.

II

Die Denkschrift des SDS zur Hochschulpolitik (Hochschule in der Demokratie) stellt der bestehenden Universität das Modell einer demokratischen Universität kritisch gegenüber. Nicht zuletzt die Tatsache, daß der SDS damit eine Analyse der Struktur und der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule und damit zugleich des Arbeitsplatzes des Studenten vorlegen konnte, hat dazu beigetragen, daß die hochschulpolitische Konzeption des SDS über den SDS hinaus beispielgebend wurde und daß Mitglieder des SDS als Studentenvertreter großen Einfluß auf die Studentenpolitik gewannen. Jedoch gerade Ereignisse wie das Sit-in vom 22./23. Juni 1966 an der FU, das die Analyse bestätigte und zeigte, daß die Studenten die Forderungen des SDS zu der ihren gemacht hatten, offenbarten zugleich die Gefahr eines Mißverständnisses dieses Konzepts. Denn es wurde einmal mehr deutlich, daß eine Hochschulpolitik, die sich Demokratisierung zum Ziel gesetzt hat, aus schon in der Denkschrift genannten Gründen scheitern muß. Die Analyse hatte gezeigt, daß es keine politische Kraft gibt, die den tatsächlichen Veränderungsprozess der Universität aufhalten könnte, der aus Kompromissen zwischen den auf Technokratisierung dringenden industriellen und ministerialbürokratischen Interessen und den auf Konservierung der bestehenden Universität bedachten Ordinarien resultiert, und auch keine Kraft, die Träger einer Entwicklung zur demokratischen Universität werden könnte.

Darüberhinaus ist die Krise der Universität als ein exemplarisches Moment der allgemeinen Strukturkrise der westdeutschen Gesellschaft am Ende ihrer Rekonstruktionsperiode zu begreifen. In der Krise der Universität wird sichtbar, daß die aufgrund der sinkenden Wachstumsraten notwendig gewordene "kapitalistische Strukturplanung" nicht davor zurückschreckt, bisher relativ autonome Bereiche der pluralistischen Phase in den Bereich staatlicher Reglementierung einzubeziehen. Diese Universitätskrise zeigt schon heute, daß die "kapitalistische Strukturplanung" die Wissenschaft als Produktivkraft den Gesetzen der kapitalistischen Profitmaximierung entsprechend rationalisieren muß. Versuche der progressiven Assistenten und Professoren, auf der Grundlage der politischen Autonomie der Universität, demokratische Formen der Ausbildung durchzusetzen, geraten dazu zusehends in Widerspruch. Die progressiven Kräfte im Lehrkörper können auf diesen Kontakt nur antworten, indem sie die demokratische Massenaktion der Studentenschaft unterstützen.

Diese Aktion ist nicht Mittel zur Verwirklichung der demokratischen Universität, sondern ist zunächst Politisierung der Studentenschaft in der Auseinandersetzung mit den tradierten Autoritäten, die über sie am Arbeitsplatz bestimmen. Die Transformierung der alten Universitätsstruktur in eine Instanz der "kapitalistischen Strukturplanung", führt zu Kompromissen zwischen den universitären und den gesellschaftlich herrschenden Bürokratien auf dem Rücken der Stu-

dentenschaft. In der Auseinandersetzung mit dersich anpassenden Universität wird die Studentenschaft konfrontiert mit den Ansprüchen der Gesellschaft an die Wissenschaft. Diese Konfrontation ist als Prozess politischen Lernens, der die Stellung der Universität in der Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeit dieser Gesellschaft selbst den Studenten begreifbar macht, die einzige derzeit zu verwirklichende Form der demokratischen Universität.

III

Deswegen ist das gegenwärtige Problem der Hochschulpolitik des SDS in Berlin, aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen. Notwendige Bedingungen einer solchen Politik sind:

1. Der SDS kann sich weder mit den Institutionen (Studentenvertretung, Kommissionen, etc.) kritiklos identifizieren, noch kann er aus Furcht vor Integration es ablehnen, in diesen zu arbeiten. Vielmehr kann erst die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und demokratischen Anspruch der Universität und ihrer Wirklichkeit in die Konflikte verwandeln, in denen sich die irrational gewordene Autorität selbst entlarvt.
2. Da es konstitutives Moment einer solchen Politik ist, Ergebnisse theoretischer Kritik zum Gegenstand praktischer Erfahrung zu machen, müssen sich alle Aktionen aus der Krise der Universität entwickeln und mit einer möglichst breiten Front der Studentenschaft geführt werden. Die praktische Kritik der Institutionen in Universität und Gesellschaft unter der Perspektive ihrer Negation kann sich nur als öffentliche Kritik durch demokratische Massenaktionen auf dem Campus vollziehen.
3. Die durch den Konvent und die Institutsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft auf dem Campus geschaffen werden. Diese Form der Öffentlichkeit ist unerlässliches Element des politischen Lernprozesses, der die Selbsttätigkeit der Studenten zum Ziel hat, und ist Bedingung für die Möglichkeit der Weiterarbeit in den Institutionen.
4. Die inhaltliche Ausarbeitung dieser Politik muß der gründlichen Diskussion unseres Verbandes unterliegen. Denn erst ihr öffentlicher Charakter macht sie immun gegen Denunziation und damit unanfällig gegen die Gefahr, den öffentlich auszutragenden Konflikt aus ihrem Zentrum zu verlieren. Deshalb kann eine Politik, die bereits von ihrer Konzeption her den SDS innerhalb der Studentenschaft dadurch isoliert, daß sie nur eine Minderheit der Studenten ansprechen will, nicht die Möglichkeit unserer Hochschulpolitik ausschöpfen.

Die Hochschulpolitik ist nicht nur die originäre Praxis des Verbandes, sondern zugleich ein Modell für politische Praxis in anderen Sektoren der Gesellschaft. Denn nur in dem Maße, wie die Hochschulpolitik des SDS von großen Teilen der Studentenschaft aufgenommen wird, wird der Modellcharakter dieser Politik auch von der sich organisierenden außerparlamentarischen Opposition in anderen gesellschaftlichen Bereichen begriffen werden. Der Erfolg dieser Strategie bemißt sich nicht allein an den zugestandenen Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionärer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktion der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft.

Nur insofern der SDS an der Hochschule seine politischen Positionen darstellt und seine politische Funktion realisiert, kann er seine anderen wichtigen Randfunktionen unter verschärften gesellschaftlichen Bedingungen den eigenen Möglichkeiten und der jeweiligen politischen Relevanz entsprechend besser erfüllen; seien diese Randfunktionen nach Maßgabe der gesellschaftlichen Entwicklung nun als Kampf gegen die Notstandsgesetze, als Enthüllung der Rolle der Großen Koalition im entfunktionalisierten Parlamentarismus oder als Überwindung des bloß moralischen Protestes gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam zu verstehen.

IV

Die hier dargestellte Politik wird im Zuge ihrer Verwirklichung notwendig organisatorische Konsequenzen hervorbringen. Umso gebotener ist es, daß wir unsere Arbeit und unsere Vorstellungen nicht bloß diskutieren, sondern daß die Diskussionsergebnisse stets den Charakter durchsetzbarer Verbindlichkeit haben. Politische Passivität einer Teils der Mitglieder unserer Organisation stellt zunehmend den Fortschritt der Organisation insgesamt infrage. Ebenso kann eine Teilniederlage aufgrund irgendeiner nicht vom ganzen Verband getragenen Sonderaktion zehn Teilerfolge zunichte machen. Aufgrund der hier dargelegten Prinzipien muß der SDS das Verhalten einiger seiner Mitglieder gegen Ende der AStA-Veranstaltung am 26.11.1966 in der FU verurteilen.

Der Landesvorstand und der Politische Beirat und letztlich die Mitgliederversammlung sind Zentrum der theoretischen Diskussion und politischen Aktion des Verbandes. Der Landesvorstand ist darum verpflichtet, sich von Aktionen, die von Mitgliedern durchgeführt werden, ohne vom Politischen Beirat und vom Vorstand diskutiert und gebilligt zu sein, zu distanzieren, sofern sie den von den Mitgliedern gemeinsam erarbeiteten Prinzipien widersprechen. Die Mitgliedschaft der an solchen Aktionen Beteiligten kann vom Vorstand sofort suspendiert werden. Zum Zweck der Beschlussfassung über die Konsequenzen, die aus deren Verhalten zu ziehen sind, ist eine außerordentliche Landesvollversammlung einzuberufen.

Angenommen auf der Landesvollversammlung des SDS Landesverband Berlin am 7. Januar 1967

V. Erich Eisner (SDS München)

- Zu Dutschkes Literaturverzeichnis -

Rudolf Dutschkes Literaturverzeichnis "Des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart"

Was an diesem Literaturverzeichnis zuallererst auffällt, ist das inhaltliche Ungleichgewicht, das zu dem anspruchsvollen Titel in einem gewissen Widerspruch steht. In dem Literaturverzeichnis fehlen Werke von Clara Zetkin, Ernst Thälmann, August Bebel (wenigstens seine Autobiographie wäre erwähnenswert gewesen) und die g e s a m t e, äußerst reichhaltige und umfangreiche Literatur aus der D D R. Freilich, was soll ein Rudolf Dutschke mit dem bekanntlich primitiven Thälmann oder mit der Zonenliteratur? Es sind aber auch keine Werke von Karl Liebnecht, Rosa Luxemburg oder Franz Mehring angegeben, auch fehlen solche interessante und nicht nur historisch wichtige Autoren wie Levi, Brandler, Thalheimer ... Wenn dann am Ende der Bibliographie auch keine Schrift von Mao-Tse-tung angegeben ist, dann kann man nicht